

A12NEU40 Klima & Umwelt

Antragsteller*in: Stephan Wisotzki (Vorstand)

Tagesordnungspunkt: 1.3. Kapitel 1 - Klima & Umwelt

Text

Klimaschutz in Lübeck

Die Klimakrise ist bereits heute Realität und ihre Auswirkungen sind auch in Lübeck spürbar. Die Veränderung, die in jedem Bereich unseres Lebens und Wirtschaftens erfolgen wird und muss, können wir jetzt noch gestalten. Die Bundesregierung hat sich das Ziel gesetzt, bis 2045 klimaneutral zu werden. Wir wollen in Lübeck einen deutlich höheren Beitrag leisten. Klimaschutz muss daher stets Priorität haben.

Die Lübecker Bürgerschaft hat bereits beschlossen, Treibhausgasemissionen bis 2030 zu halbieren (Basis 2019) und bis 2040 klimaneutral zu werden. Wir wissen allerdings, dass das nicht reicht, um die Pariser Klimaziele und das 1,5-Grad-Ziel zu halten. Deswegen werden wir alle verfügbaren Ressourcen nutzen, um Lübeck auf den Weg zur schnellstmöglichen Klimaneutralität bis 2035 zu bringen. Klima- und Sozialpolitik müssen zusammen gedacht und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir wollen diesen Weg zu einer klima- und umweltgerechten Zukunft zusammen mit allen Lübecker*innen beschreiten.

Trotz der Ausrufung des Klimanotstandes 2019 sind in den letzten Jahren die politischen Weichen nicht konsequent in Richtung Klimaneutralität gestellt worden. Jedoch hat die Klimaleitstelle Lübeck unter Einbindung der breiten Öffentlichkeit einen Masterplan Klimaschutz entworfen.

Wir werden die zügige Umsetzung dieses Masterplans und aller weiteren erforderlichen Maßnahmen durchsetzen und diese, wo nötig, nachschärfen. Des Weiteren fordern wir, dass die Klimaleitstelle bei Vorlagen der Stadtverwaltung die Möglichkeit eines Einspruchs erhält, wenn diese nicht mit den Klimaschutzzielen der Stadt vereinbar sind.

Zu diesem Ziel soll die Klimaleitstelle finanziell und personell langfristig gesichert aufgestockt werden.

Wir werden die Aufgabenverteilung in den Ausschüssen verändern. Aufgrund der Dringlichkeit der Themen fordern wir einen eigenen Ausschuss für Klima und Umwelt.

Weiterhin dürfen Anschaffungen nicht mehr nur mit Hilfe einer kurzfristigen Kosten-Nutzen-Analyse bewertet werden. Es müssen auch langfristige Betriebskosten eingerechnet werden, sodass die Vorteile langlebiger Produkte bei Entscheidungen berücksichtigt werden können. Das geht zum Beispiel mit einer Lebenszykluskostenbetrachtung. Wir möchten uns für diese Methode einsetzen, um die Wirtschaftlichkeit von Anschaffungen langfristig zu bewerten und das Klima zu schützen. Entsprechend der Empfehlung des Umweltbundesamtes wollen wir wie das Land Schleswig-Holstein bei der Abwägung von Investitionstätigkeiten die Klimakosten berücksichtigen.

Die Beschränkung auf das Notwendige, die bewusste Auswahl von Materialien und die Optimierung von Aufwand zu Nutzen (Suffizienz, Konsistenz und Effizienz) sind die Grundlagen eines nachhaltigen Umgangs mit Umwelt, Ressourcen und Flächen, an die wir uns gebunden fühlen. Technische Maßnahmen stehen gleichwertig neben Naturschutz, Landschaftsplanung und Flächenmanagement sowie Verhaltensanpassung.

Klimaschutz im Bau

Der Betrieb von Gebäuden hat einen hohen Anteil am Gesamtenergieverbrauch in Lübeck. Den größten Teil hiervon benötigen wir zur Beheizung. Dies führt zu einem hohen CO₂ Ausstoß. Ursache sind vor allem Gebäudehüllen ohne oder mit geringfügiger Dämmung, Fenster schlechter Qualität und eine Wärmeerzeugung, die überwiegend auf der Verbrennung fossiler Energieträger fußt.

Daraus folgen für uns konkrete Zielsetzungen.

Jeder Neubau muss im Bau und im Betrieb klimaneutral sein. Hierfür braucht es gute Dämmung für Energieeffizienz, die Nutzung alternativer Baustoffe und die Nutzung erneuerbarer Energie für die Wärme. Wir werden uns dafür einsetzen, in diesen Bereichen hohe Standards festzulegen.

Bei bestehenden Gebäuden muss der Energiebedarf durch Dämmung der Gebäudehüllen und moderne Fenster so weit wie möglich gesenkt werden, mindestens auf ein Niveau, dass eine effiziente Wärmeversorgung auf Basis von erneuerbaren Energien ermöglicht. Die Wärmeversorgung muss klimaneutral werden. Dies gilt sowohl für einzeln versorgte Gebäude als auch für die Nah- und Fernwärmeversorgung in den Quartieren und Stadtvierteln.

Wir wollen nachwachsende, recycelte oder recyclingfähige Baustoffe bevorzugt verwenden..

Sanierungsoffensive

66 **Alte Fenster und unzureichende Dämmung führen im Gebäudebestand derzeit zu**
67 **erheblichen Heizwärmebedarfen, was nicht nur hohe Kosten, sondern auch wegen der**
68 **Nutzung fossiler Energieträger hohe CO₂-Emissionen verursacht. Die hohen Kosten**
69 **tragen wir alle: Kommune, Betriebe und Bürger:innen, wie wir es gerade in der**
70 **Krise deutlich spüren. Wir werden deshalb eine Sanierungsoffensive starten! Bei**
71 **kommunalen Gebäuden kann die Stadt tätig werden, für gewerbliche und private**
72 **Gebäude wollen wir Förderungen und Beratungsangebote sowie mehr Aufmerksamkeit**
73 **in der Öffentlichkeit schaffen. Unser Ansporn dafür ist die Verdopplung der**
74 **aktuellen Sanierungsrate bis 2025.**

75 **Klimaneutrale Quartiere**

76 Neben der energetischen Sanierung des Gebäudebestandes steht in den Quartieren
77 die Schaffung einer energieeffizienten Infrastruktur und die effiziente
78 Wärmeversorgung auf Basis erneuerbarer Energien als Aufgabe im Vordergrund.
79 Hierzu fordern wir die Erstellung eines Quartiers-Katasters im Rahmen der
80 Erstellung des Kommunalen Wärmeplanes durch die Klimaleitstelle. Auf Marli und
81 in St. Lorenz Nord wurde bereits mit solchen Konzepten begonnen. Wir werden uns
82 für weitere Quartierskonzepte einsetzen und fordern die Begleitung durch
83 Sanierungsmanager und die Schaffung und Besetzung der erforderlichen Stellen.
84 Auch hierfür wollen wir auf die Fördermittel des Landes zurückgreifen. Um die
85 notwendigen Schritte zu beschleunigen, halten wir die Erstellung einer Leitlinie
86 für Quartier-Sofort-Maßnahmen für geeignet.
87 Um die Möglichkeiten, Konzepte und Lösungen sichtbar zu machen unterstützen wir
88 das Konzept von Sanierungsmessen in Quartieren, zur frühzeitigen Einbindung der
89 Bürger*innen unterstützen wir die Einführung eines Runden Tisches
90 Quartierssanierung. Ebenfalls dem Gedanken der Vermittlung und Sichtbarmachung
91 folgend sind "gläserne Baustellen" zu schaffen.

92 Lübeck mit erneuerbaren Energien versorgen

93 Die Deckung unseres Energiebedarfs durch erneuerbare Energien ist eine
94 Kernanforderung einer klimaneutralen Zukunft

95 Die Deckung unseres Energiebedarfs durch erneuerbare Energien ist eine
96 grundsätzliche Erfordernis für eine klimaneutrale Zukunft.
97 Die Energiepreisentwicklung im Rahmen des Ukrainekriegs hat uns allen erneut vor
98 Augen geführt, dass der Umstieg auf erneuerbare Energien nicht nur
99 klimapolitisch unumgänglich ist sondern auch wirtschaftlich erforderlich.
100 Insbesondere, aber nicht nur einkommensschwache Bürger*innen sind mit den
101 finanziellen Auswirkungen häufig existenzbedrohend überfordert.

102 Auch in Lübeck wollen wir unseren Beitrag leisten bei der dezentralen Erzeugung
103 regenerativen Stroms. Aus geographischen Gründen existiert kaum Potential für
104 Windenergie vor Ort, daher geht es dabei in Lübeck vor allem um die

Bereitstellung von Gebäuden und Flächen für Photovoltaik. Eine der größten Herausforderungen ist die Wärmewende, bei der fossil erzeugte Wärme vor allem durch Wärmepumpen ersetzt werden muss. Dies gilt sowohl für den Austausch von Heizungen in privaten Haushalten und Unternehmen als auch für Nah- und Fernwärme

Klimaneutraler Strom für Lübeck

Mit den Dachflächen, insbesondere von kommunalen Gebäuden und Gewerbeobjekten sowie den sonst nur durch den ruhenden Verkehr genutzten Flächen auf Parkplätzen stehen enorme Potenziale für die Stromerzeugung durch Photovoltaik bereit. Diese müssen in größtmöglichem Umfang schnellstmöglich genutzt werden.

Gerade im Bereich von Neubauten ist die Integration von Photovoltaik oder Solarthermie unproblematisch darstellbar. Wir fordern deshalb für alle Neubauten in Lübeck eine Solarenergienutzungspflicht.

Wir unterstützen das Vorhaben, eine PV-Strategie für kommunale Dächer aufzustellen. Durch einen Grundsatzbeschluss der Bürgerschaft wollen wir die maximale Belegung geeigneter kommunaler Dächer mit PV-Anlagen festschreiben. Die städtischen Investitionen für die Ausstattung kommunaler Dächer und Flächen mit PV-Anlagen wollen wir deutlich erhöhen. Um dem zunehmenden Umfang der erforderlichen Planung und Umsetzung bei der Ausrüstung der verfügbaren Flächen mit PV-Anlagen gerecht zu werden, unterstützen wir die Schaffung notwendiger Stellen in der Bauverwaltung.

Zusätzlich unterstützen wir auch andere innovative Technologien, um die dezentrale Energiewende voranzubringen (wie z.B. Vertikalwindanlagen).

Klimaneutrale Wärme für Lübeck

Um die Lübecker Klimaziele zu erreichen, müssen bis 2040 die fossilen Heizungen in den Lübecker Wohnungen, Häusern und Unternehmen von den Eigentümern durch regenerative Alternativen ersetzt werden, eine signifikante finanzielle Herausforderung. Es existieren hierfür bereits umfangreiche Förderungen von Bund und Land. Wir wollen diese Unterstützung aufstocken, insbesondere auch um soziale Härten zu vermeiden.

Um unser Klimaziel einzuhalten, müssen die fossilen Heizungen in den Lübecker Wohnungen, Häusern und Unternehmen von den Eigentümer*innen schnellstmöglich durch regenerative Alternativen ersetzt werden, eine signifikante finanzielle Herausforderung. Es existieren hierfür bereits umfangreiche Förderungen von Bund und Land. Wir wollen diese Unterstützung aufstocken, insbesondere auch um soziale Härten zu vermeiden. Die Umstellung der bisher noch fast ausschliesslich fossilen Wärmeerzeugung der Stadtwerke Lübeck für Nah- und Fernwärme auf

regenerative Wärmequellen ist eine enorme finanzielle und technische Herausforderung. Wir begrüßen daher die ersten Pilotprojekte der Stadtwerke für regenerativer Wärmeerzeugung, es bedarf aber einer deutlichen Steigerung des bisher geplanten Investitionsvolumens in den kommenden Jahren, um die bestehenden Klimaziele zu erreichen. Insbesondere dürfen von den Stadtwerken keine neuen fossilen Heizkraftwerke (und KWK) mehr errichtet werden. Stattdessen sind in Erdboden, Gewässern und Abwässern große, regenerative Energiemengen verfügbar, die durch den Einsatz von (Groß-)Wärmepumpen nutzbar gemacht werden sollten. Wir sind bereit, diese Transformation auch mit Haushaltsmitteln zu unterstützen, wenn notwendig. Die Ausweitung der zunehmend regenerativen Fern- und Nahwärme ist ein wichtiger Hebel der Wärmewende, sowohl durch zusätzliche Netze als auch durch zusätzliche Anschlüsse in den bestehenden Netzen. Entscheidend sind dabei attraktive und wettbewerbsfähige Konditionen, die wir über die Stadtwerke sicherstellen werden. Insgesamt müssen die Geschäftsziele der Stadtwerke als kommunaler Betrieb darauf ausgerichtet werden, schnellstmöglich keine fossilen Energieträger mehr zu nutzen und zu handeln.

In den bestehenden Fernwärmenetzen sollten die Vorlauftemperaturen überprüft und auf das minimal benötigte Niveau abgesenkt werden. Dies reduziert Übertragungsverluste und verbessert die Nutzung erneuerbarer Energien erheblich. Die Ausweitung von Fernwärmenetzen streben wir prinzipiell an, solange es sinnvoller ist als eine dezentrale hauseigene Wärmeversorgung.

Die Kapazitäten der Stromnetze müssen bedarfsgerecht erhöht werden, um insbesondere die Versorgung von Wärmepumpen und E-Mobilität sicherzustellen. Dies schließt explizit die Entwicklung der notwendigen Speicherkapazitäten ein. Den Aufbau dieser Infrastruktur für eine sichere, klimaneutrale Energieversorgung werden wir schnellstmöglich mit Nachdruck voranbringen.

Energie einsparen

Das Einsparen von Strom und Gas ist nicht nur wichtig, um Treibhausgasemissionen zu vermeiden, sondern ist auch ein wichtiger Beitrag, um die Folgen der gestiegenen Energiepreise abzumildern.

Wir fordern eine städtische Öffentlichkeitskampagne und fortlaufende Aktionen, um Bürger*innen die Einsparpotenziale durch Verhaltensänderungen aufzuzeigen. Auch in Lübecker Unternehmen sind viele Einsparpotenziale vorhanden, auch durch rentable Investitionen, die bisher nicht realisiert werden, weil die Aufgaben des Kerngeschäfts zu wenig Kapazitäten für deren Analyse und Umsetzung lassen. Hierfür werden wir qualifizierte Beratungsangebote auf- und ausbauen, die dort unterstützen. Ein Beispiel ist das Projekt ÖKOPROFIT® (Ökologisches Projekt für integrierte Umwelt Technik), ein individuelles Beratungs- und Zertifizierungsprojekt speziell für kleinere und mittelständische Betriebe zu

Energieeinsparung, Kostensenkung und Umweltmanagement. ÖKOPROFIT® soll in Lübeck noch bekannter gemacht und gestärkt werden.

Auch in der Verwaltung der Hansestadt bestehen umfangreiche Energieeinsparpotentiale. Zum Teil werden diese bisher wegen begrenzter Personalressourcen nicht umgesetzt. Dazu zählen z.B. die Umrüstung der Beleuchtung in städtischen Gebäuden auf LED-Leuchten, wo dies noch nicht geschehen ist, die Umrüstung der Flutlichtanlagen auf Sportplätzen und der Gaslaternen in der Altstadt. Hier werden wir durch personelle Aufstockung dafür sorgen, dass in Lübeck Emissionen und Geld gespart werden. Zusätzlich wollen wir in Lübeck ein sogenanntes und gefördertes "Kommunales Energiemanagement" einführen, bei in einem strukturierten Prozess Einsparpotentiale analysiert und umgesetzt werden.

Kompetenzen für Klimaneutralität in Lübeck

In Lübeck ist mit Einrichtungen wie dem Wasserstoff-Kompetenzzentrum an der TH Lübeck, der Klimaleitstelle, verschiedenen Organisationen wie der BürgerEnergie und kompetenten Planer*innen bereits eine große, lokale Expertise vorhanden. Diese Expertise wollen wir in die Prozesse zur Umstellung auf erneuerbare Energien einbinden und weiter ausbauen. Hierfür wollen wir auch die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Akteur*innen auf verschiedenen Ebenen (z.B. Politik und Verwaltung in Stadt und Land, Forschung und Wirtschaft) stärken.

Wir wollen auch weiteren Quellen großer Energieverbräuche und CO₂-Ausstöße identifizieren und ausräumen. Dafür fordern wir einen KLima-Check für Stadt und Unternehmen, der Geschäftsprozesse, Beschaffungsketten und Gebäude einschließt. Auch das „Klimaforum“ als Vernetzungsort zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, Bürger*innen und Politik wollen wir weiterführen und ausbauen.

Wir fordern den Bau des schon mehrfach geplanten Klimahauses an der TH Lübeck mit dem Ziel der Vermittlung und Beratung zu Klimaschutz insbesondere im Energiebereich für Bürger*innen, Schulen, Unternehmen, Vereine und Verbände.

Lübecks Umwelt schützen

Lübeck fit für die Zukunft machen! - Klimaanpassung

Trotz aller Anstrengungen für den Klimaschutz werden die Folgen der Klimakrise auch vor Lübeck nicht haltmachen. Daher sind neben Klimaschutzbestrebungen auch

Maßnahmen der Klimafolgenanpassung notwendig. Das 2020 von der Lübecker Bürgerschaft beschlossene Klimaanpassungskonzept soll konsequent und beschleunigt umgesetzt und Klimaanpassung in Zukunft bei allen Planungen mitgedacht werden.

Zu erwarten sind in Zukunft vermehrt: Starkregenereignisse, Trave- und Ostseehochwasser, Trockenheit und Dürreperioden, Hitzewellen, Winterlicher Dauerregen und mittelfristig ein Anstieg des Meeresspiegels.

Wir fordern deshalb, dass Lübeck sich die nachhaltige Regenwasserbewirtschaftung zum Ziel setzt und Planungen am „Prinzip Schwammstadt“ orientiert. Hierbei wird anfallendes Regenwasser lokal und dezentral gespeichert und nicht zentral abgeleitet, was bei Starkregen die Kanalisation überfordert und das Risiko für Überschwemmungen erhöht. In einer "Schwammstadt" dagegen verdunstet und versickert das Regenwasser in längeren Zeiträumen und über die ganze Stadt verteilt. Maßnahmen zur Versickerung und Verdunstung sind zum Beispiel Regenwasserrückhalt und Entsiegelung.

Durch die dezentrale Speicherung von Regenwasser entsteht auch ein Wasservorrat für Dürre- und Hitzezeiten.

Unversiegelte Flächen spielen nicht nur im Kontext der Wasserbewirtschaftung eine wichtige Rolle. Wir setzen uns daher für den Schutz dieser ein.

Parkplätze sollen wenn möglich entsiegelt und bei Neuanlage wasserdurchlässig geplant werden.

Zur Verbesserung des Wasserhaushalts und aus Gründen der Beschattung sollen an allen geeigneten Stellen im Stadtgebiet großkronige Bäume gepflanzt werden. Auch die Lübecker Altstadt wollen wir weiter begrünen, beispielsweise die Plätze Koberg, Klingenberg, Drehbrückenplatz und Schrammen. Klimarobuste Arten werden dabei zunehmend an Bedeutung gewinnen. Bei Bauvorhaben wollen wir Stadt-, Strassen- und Allee-bäume besser als bisher schützen. Die Gestaltung und das Management von Grünflächen sollen nach einheitlichen ökologischen Standards erfolgen. Hierbei sollen die unterschiedlichen Fachbereiche der Stadt in enger Abstimmung stehen. Das Grünflächenmanagement muss personell und finanziell besser ausgestattet werden.

Für das einmalige Gartendenkmal der Wallanlagen fordern wir die sofortige Sanierung und Wiederherstellung. Dieser grüne Ring um die Innenstadt ist eine kostenlose Klimaanlage für die Innenstadt im Sommer, sowie Sport- und Erholungsfläche in zentraler Lage.

Die Landesbauordnung sieht aus gutem Grund die Begrünung der nicht überbauten

Grundstücksflächen vor. Sogenannte „Schottergärten“ sind somit grundsätzlich nicht zulässig. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Maßgaben konsequenter und mit zusätzlichem Personal umgesetzt und kontrolliert werden. Außerdem fordern wir eine vermehrte Aufklärung über eine naturnahe Gartengestaltung.

Intakte Frisch- und Kaltluftschneisen dürfen nicht bebaut werden, um die dichter besiedelten Stadtteile vor sommerlicher Überhitzung zu schützen. Diese Freihaltung hat Priorität bei möglichen Zielkonflikten mit anderen städtebaulichen Planungen. Wir setzen uns für die unverzügliche Umsetzung der Ziele des Klimalandchaftsplanes im Rahmen des Flächennutzungsplanes ein.

Lübeck soll grüner werden! - Naturschutz und Biodiversität

Lübeck besitzt durch weiträumige Grünflächen, Feuchtgebiete, Moore und große Wasserflächen sowie den Lübecker Stadtwald einzigartige Voraussetzungen für stadtnahen Naturschutz. Diese grüne Infrastruktur, inklusive der reichhaltigen Flora und Fauna, zu schützen und aufzuwerten ist uns ein Anliegen. Neben der Klimakrise ist das Aussterben der Biodiversität die große Herausforderung dieses Jahrhunderts.

Neben der Klimakrise ist das Aussterben der Biodiversität die große Herausforderung dieses Jahrhunderts.

Die Klimakrise und der Verlust der biologischen Vielfalt beeinflussen sich gegenseitig und haben zu einem großen Teil die gleichen Lösungen. Klimaschutz, Klimaanpassung und Naturschutz können und müssen daher zusammen gedacht werden.

Mit der Umsetzung einiger Maßnahmen des Masterplans Klimaschutz wurde bereits begonnen, allerdings sind die personellen Kapazitäten für die zeitnahe Bearbeitung nicht ausreichend. Wir fordern daher die personelle Aufstockung im Bereich Umwelt/Naturschutz/Verbraucherschutz um mindestens zwei Stellen.

Aus landwirtschaftlich genutzten ehemaligen Moorböden entweicht viel CO₂ in die Atmosphäre. Mit angepasster Nutzung können diese organischen Böden mit extensiver Bewirtschaftung langfristig viel Kohlenstoff binden.

Hierzu sollen die bestehenden Pachtverträge überprüft und angepasst und die Wasserstände auf Flächen, wo Feuchtgrünland möglich ist, angehoben werden. Zur Finanzierung sollen auch bestehende Fördermaßnahmen des Landes ausgeschöpft werden.

Entwässerte Kernmoore sollen wiedervernässt werden. Die Wiedervernässung entwässerter Moore setzt das Torfwachstum in Gang und bewirkt eine Umwandlung der Moorböden von CO₂-Quellen zu CO₂-Senken. Bei der Speicherung von CO₂ spielen Moore mit einem intakten Wasserhaushalt eine besondere Rolle, da Moorböden CO₂ langfristig binden.

Zu diesem Zweck sollen mit Hilfe von Tauschflächen für Landwirt*innen Flächen erworben werden, um z.B. beim Krummesser Moor mit der Wiedervernässung zu beginnen.

Die stadteigenen Güter Lübecks sollen bei Neuverpachtung an Betriebe vergeben werden, die nach den Kriterien des ökologischen Landbaus wirtschaften. Dies ist bei drei von vier Stadtgütern bereits erfolgt und soll weiter fortgeführt werden.

Für optimiertes Humusmanagement sollen konventionell wirtschaftende Landwirt*innen motiviert werden. Außerdem soll es dafür Auflagen in den städtischen Pachtverträgen geben.

Landwirt:innen sind unverzichtbare Partner:innen bei der Umsetzung von Klima- und Naturschutzmaßnahmen. Um eine sinnvolle, kostendeckende sowie ertrag- und gewinnbringende Landnutzung mit den Zielen des Natur- und Klimaschutzes in Einklang zu bringen, müssen sich alle Akteur:innen (Landwirt:innen, Jäger:innen, private Grundstücks- und Waldeigentümer:innen, Umweltverbände und die Verwaltung) vernetzen. Das Ziel ist, auch auf privaten Flächen ökologisch angepasster zu wirtschaften. Um die Kohlenstoffbindung in landwirtschaftlich genutzten Oberböden zu erhöhen, soll die Stadt Lübeck auf Ackerflächen des Stadtgebietes die Wirtschaftsweise des ökologischen Landbaus anstreben. Zu diesem Zweck wollen wir einen Runden Tisch Landwirtschaft ins Leben rufen.

Wir Grünen in Lübeck setzen uns für den weiteren konsequenten Schutz von Knicks im Stadtgebiet ein. Wo immer möglich und sinnvoll, sollte die Neuanlage von Knicks geprüft und durchgeführt werden. Falls ein intakter Knick beseitigt werden muss, muss eine ausreichend große Ersatzpflanzung an geeigneter Stelle durchgeführt werden.

Der Lübecker Stadtwald ist mit seiner naturnahen Waldbewirtschaftung, des sogenannten „Lübecker Waldkonzepts“ weit über die Stadtgrenzen hinaus bekannt und ein Vorbild für viele andere Wälder. Wir Lübecker Grünen befürworten diesen Ansatz und unterstützen eine Weiterentwicklung des Konzepts. Wir wollen Ackerflächen, die sich an die bestehenden Waldflächen anschließen, in Wald umwandeln, um einen „grünen Ring“ um Lübeck zu ziehen, der möglichst an andere Wälder oder naturnahe Flächen anknüpfen soll, um die Biodiversität zu erhöhen.

326 Das gezielte Anpflanzen von Blühpflanzen oder Wildblumen auf nicht intensiv
327 genutzten öffentlichen Flächen wirkt sich positiv auf die Biodiversität in der
328 Stadt aus. Derartige Maßnahmen haben neben einer Sensibilisierung der
329 Bevölkerung auch eine Erhöhung der Attraktivität des städtischen Umfeldes zur
330 Folge. Wir fordern daher biodiversitätsfördernde Gestaltung und Begrünung
331 hierfür geeigneter städtischer Flächen, Grünflächen, Parks, Verkehrsinseln,
332 Randstreifen jeglicher Art und Versickerungstreifen an Straßen.

333 Bei Bepflanzungen mit Bäumen und Sträuchern sowie bei extensiven Blühstreifen
334 soll auf regional angepasstes Pflanzgut geachtet werden. Sofern aus Gründen der
335 Hitzeresistenz an bestimmten Stellen klimarobusten Arten der Vorzug gegeben
336 werden muss, ist jeweils eine sorgfältige Abwägung erforderlich.

337 Alle Strassenränder sollen zum Schutz der Insekten weniger oft gemäht werden.
338 Pflanzenschutzmittel sowie mineralische Dünger sollen auf öffentlichen
339 Grünflächen weder von der Stadt Lübeck noch von Fremdanbietern angewendet
340 werden.

341 Zum Schutz von Insekten und anderen nachtaktiven Tieren wollen wir uns dafür
342 einsetzen, dass das Beleuchtungskonzept der Stadt geprüft und gegebenenfalls
343 erneuert wird, um geeignete Maßnahmen gegen unnötige Lichtverschmutzung zu
344 ergreifen.

345 Der Austausch und die Zusammenarbeit mit den Nachbarkreisen zum Thema
346 Biodiversität und Biotopvernetzung über die Stadtgrenzen hinaus soll
347 intensiviert und ausgebaut werden.

348 Kleingärten sind Orte der Erholung, Selbstversorgung und Gemeinschaft und können
349 bei ausreichender und naturnaher Vielfalt der Bepflanzung einen wichtigen
350 Beitrag zur städtischen Artenvielfalt leisten. Um den Bestand an Kleingärten zu
351 sichern und zu erhalten, wollen wir Bewirtschaftung und Strukturen zukunftsfähig
352 gestalten. Ein runder Tisch Kleingärten soll mit Nutzer*innen
353 (Kleingärtner*innen, Grünem Kreis, Bielefeld-Gärten und weiteren Interessierten)
354 alternative und klimasichere Formen der Nutzung entwickeln und die Umweltbildung
355 stärken.

356 Urban Gardening und das Konzept der „Essbaren Stadt“ wollen wir unter Mitwirkung
357 der Bürger*innen stärken, ausbauen, vernetzen und in alle Stadtteile bringen.

358 Wir unterstützen das neue Konzept für das Museum für Natur und Umwelt. Als
359 ersten Schritt fordern wir eine Stelle für Umweltpädagogik, die an das Museum
360 angegliedert sein soll.

361 Das private Lübecker Tierheim erfüllt eine wichtige kommunale Aufgabe. Die

finanziellen Mittel dafür wollen wir ausreichend aufstocken.
Das Veterinäramt Lübeck ist personell und organisatorisch mit einer zusätzlichen Planstelle besser auszustatten.
Weiterhin sollte die Verwaltung verstärkt auf die Möglichkeit der Katzenkastration hinweisen.

Ostsee schützen

Meeresschutz ist Klimaschutz - denn Meere sind Teil des globalen Klimasystems und speichern sehr große Mengen CO₂. Unsere Ostsee ist Erholungsraum, Tourismus-, Wirtschafts- und Standortfaktor sowie ein verbindendes Element der hanseatischen Geschichte. Doch ihre Biotope und Artengemeinschaften sind in vielfältiger Hinsicht gefährdet: Sie beginnen zu versauern und werden immer wärmer, eingebrachte Nährstoffe führen zur „Überdüngung“ und Entstehung von Sauerstoffmangelgebieten, sog. „Todeszonen“. Der Eintrag von Müll und Mikroplastik sowie die Munitionsaltlasten belasten das Meer vor „unserer Haustür“ zusätzlich.

Wir wollen Lübeck nach dem Vorbild Kiels zur "Meeresschutzstadt" entwickeln und unterstützen die Einrichtung eines Nationalparks Ostsee.

Wir wollen lokale Stakeholder aus Wissenschaft, Umweltschutz, Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammenbringen und in Projekten wie "Meeresschutzstädte" oder "ocean-summit" vernetzen.

Wir wollen unsere Ostsee besser schützen, ihre Nutzung nachhaltiger gestalten und ihre Biodiversität und unser aller Lebensgrundlage langfristig erhalten.

Gewässer

Seit geraumer Zeit steigt der Nährstoffgehalt im Gewässersystem Schaalsee- Kückensee- Ratzeburger See- Wakenitz- Krähenteich- Mühlenteich. Dies führt zu einem extremen Algenwachstum, insbesondere in Wakenitz, Krähenteich und Mühlenteich, was zu großen Einschränkungen, beispielsweise für Segelvereine, führt.

Wir setzen uns dafür ein, dass ein neues Fördervorhaben initiiert wird, das umfassend alle Nährstoffeinträge in das Gewässersystem Ratzeburger See- Wakenitz- Krähenteich und Mühlenteich reduziert. In diesem Fördervorhaben müssen die Länder Schleswig-Holstein, Mecklenburg Vorpommern und die Kreise Nordwestmecklenburg, Lauenburg und Lübeck zusammen alle Einleiter, auch Regenwassereinleiter, ermitteln und Maßnahmen vereinbaren, die die Nährstofffrachten reduzieren.

Kleingewässer und Teiche trocknen in den letzten Jahren immer häufiger aus und

401 füllen sich auch in Regenperioden nicht wieder mit Wasser, weil der
402 Grundwasserspiegel zu tief gefallen ist; das hat katastrophale Folgen für
403 Wasserpflanzen, Fische, Amphibien, Libellen und Vögel. Wir werden uns für ein
404 Monitoring- und Hilfsprogramm einsetzen, um diese wichtigen Biotope in der
405 Landschaft zu erhalten.